

Den Solidarpakt neu ausrichten

—**Von: Andreas Koch,
Recklinghausen**
—**Betr.: Artikel „Unter
richt bei 13 Grad
Celsius“**
—**vom 14. Januar**

Obwohl in meinen Augen in diesem Beitrag zu sehr auf die Tränendrüsen gedrückt wird, halte ich eine Neuausrichtung beim Solidarpakt für angebracht. Ich denke, dass es bei den Temperaturen der letzten Tage auch im Osten unserer Republik Schulen gab, in denen es ähnlich kalt bzw. noch kälter war.

Mir missfällt auch, dass der Bevölkerung im Westen unserer Republik immer wieder vermittelt wird, dass es in Ostdeutschland nur blühende Landschaften gibt. Ich kenne die Unterschiede genau, da ich dienstlich in allen Himmels-

richtungen unterwegs war und regelmäßig in meiner Heimatstadt Gotha bin.

Mir blutet förmlich das Herz, wenn ich in meiner Heimatstadt teilweise immer noch über die selben löchrigen Straßen wie früher fahre oder die zerfallenen Häuser und Reste ehemaliger Betriebe sehe. Die meisten der Betriebe, die zu DDR-Zeiten für den Westen produzierten, sind jedoch inzwischen abgebrochen.

Von der teilweise großflächigen Deindustrialisierung der ehemaligen DDR profitieren noch heute andere Regionen, auch durch höhere Steuereinnahmen aus dem produzierende Gewerbe, dass im Osten unserer Repu-

blik seit der Währungsunion seine Produkte absetzt. Dafür sind überall Konsumtempel entstanden, die den Eindruck blühender Landschaften vermitteln.

An den Fehlern der Wiedervereinigung haben wir noch viele Jahre gemeinsam zu knabbern. Die Arbeitslosenstatistik ist ein Spiegelbild der realen Verhältnisse. Zuletzt lag sie im Osten mit 12,2% fast doppelt so hoch wie im Westen (6,2%). Und wenn nicht so viele junge Menschen abgewandert wären, wäre die Arbeitslosenquote im Osten heute noch höher.

Die hohe Arbeitslosigkeit im Ostens hat nicht nur Auswirkungen auf die Sozialkassen, sondern auch auf die Steuereinnahmen. Nach meiner Auffassung darf deshalb auch der Solidarpakt nicht einfach abgeschafft

„Nicht nur blühende Landschaften“

werden, er müsste jedoch nach Bedürftigkeit ausgerichtet werden. Es darf auch keine Be-

vorzugung oder Benachteiligung einer Himmelsrichtung beim Konjunkturprogramm geben, wie es die Bundeskanzlerin kürzlich vorgeschlagen hat. Das Handwerk im Osten geht schon jetzt an Krücken. Das kenne ich aus der eigenen Familie.

Die Solidarität muss neu ausgerichtet werden. Das steht außer Frage. Ein neuer Solidarpakt und das Konjunkturprogramm sollten daher nach dem Verhältnis der Steuereinnahmen zur Anzahl der Bürgerinnen und Bürger und in Abhängigkeit von der Arbeitslosenquote festgelegt werden.